

vor allem politisch-staatlichen Lebens unserer Republik. „Es bringt am sichtbarsten die tiefgreifende Umwälzung zum Ausdruck, die in der Lage des werktätigen Volkes gegenüber den früheren Herrschaftsverhältnissen in Deutschland vor sich gegangen ist. Die werktätigen Menschen sind zum Herrn des Landes geworden und üben diese Herrschaft immer bewußter und immer besser aus, indem sie immer aktiver und tatkräftiger ihre Rechte verwirklichen.“¹⁶ Deshalb ist die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Rechtspflege auch nicht zu erreichen ohne die weitere Einbeziehung der Werktätigen in die Tätigkeit der Justizorgane, ohne die volle Orientierung darauf, die Herzen aller Menschen für den Sieg des Sozialismus zu gewinnen.

¹⁶ programmatische Erklärung, S. 20.

ANDRE BERGER, Berlin

Die Lösung der Westberlin-Frage steht auf der Tagesordnung

In voller Einmütigkeit stellten die in Moskau anwesenden Vertreter von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in ihrer historischen Erklärung vom November 1960 im Zusammenhang mit der Darlegung des Problems von Krieg und Frieden fest, daß „Westberlin in einen Herd internationaler Provokationen verwandelt“¹⁷ wurde. Dementsprechend nannten sie auch unter den Aufgaben, die vor allem gelöst werden müssen, damit der Friede gesichert wird, die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt².

Die Entwicklung der anomalen Lage in Westberlin, insbesondere in der letzten Zeit, und der Amtsantritt einer neuen Regierung in den USA lassen es berechtigt erscheinen, einige Aspekte der Westberlin-Frage und ihrer Lösung im Zusammenhang mit den Erfordernissen der Erhaltung des Friedens zu betrachten.

Noch stehen wir am Anfang eines Jahres, dessen Ereignisse zu einem guten Teil die gesamte Entwicklung der Beziehungen zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager beeinflussen werden. Schon heute steht fest, daß es ein Jahr wird, das, wie kaum ein anderes zuvor, gebieterisch konstruktive Schritte zur Milderung der internationalen Spannungen und zur Verständigung erheischt, wenn verhindert werden soll, daß der kalte Krieg in einen heißen, einen atomaren Weltbrand umschlägt.

Die gegenwärtige internationale Situation weist nicht wenig Spannungsherde auf. Einer der gefährlichsten ist die Frontstadt Westberlin. Entstanden vor über einem Jahrzehnt durch die faktische Abspaltung Westberlins von Ostdeutschland, ist die Westberlin-Frage seit über zwei Jahren unmittelbar Gegenstand internationaler Diskussionen. Ihre Lösung wurde durch die Entwicklung in Westdeutschland, das Wiedererstehen des deutschen Militarismus, seine Kriegsrüstung und sein Streben nach atomaren Vernichtungswaffen, durch seine Aggressionspläne sowie durch die von Jahr zu Jahr verstärkten Versuche, Westberlin in diese Pläne einzubeziehen und für den Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten zu mißbrauchen, auf die Tagesordnung gesetzt. Das Erfordernis, die auf Grund dieser Entwicklung heraufbeschworenen Gefahren zu beseitigen, führte zur Genfer Außenministerkonferenz der sechs Mächte im

¹ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien (November 1960), Berlin 1961, S. 29.
² a. a. O., S. 34.

Verleihung des Vaterländischen Verdienstorden

In Würdigung seines beispielhaften Kampfes gegen den Faschismus und für den Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik erhielt

Walter Kampfrad
Staatsanwalt des Bezirks Leipzig

anlässlich seines 60. Geburtstages den Vaterländischen Verdienstorden in Silber.

Wir beglückwünschen den Genossen Kampfrad zu dieser hohen Staatsauszeichnung.

Sommer 1959. Die Konferenz erörterte den Vorschlag zur Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt³ und die Hauptelemente einer Regelung⁴. In Genf mußten die Westmächte die Anomalität und Gefährlichkeit der Lage in Westberlin anerkennen und die Dringlichkeit einer Lösung bestätigen⁵.

Seitdem hat sich in Regierungskreisen der Westmächte die Erkenntnis mehr und mehr verbreitet, daß eine Regelung für Westberlin unumgänglich ist und nicht zuletzt auch im Interesse der Westmächte liegt. Der britische Premierminister Macmillan erklärte vor einiger Zeit erneut, daß die britische Regierung Verhandlungen auf einem Gipfeltreffen im Frühjahr 1961 über die Westberlin-Frage für notwendig hält, da diese „ein potentiell gefährliches Problem vom östlichen wie vom westlichen Standpunkt aus“ ist⁶. Der außenpolitische Berater Kennedys im Wahlkampf und heutige Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Chester Bowles, stellte zum gleichen Zeitpunkt bezüglich der Westberlin-Frage fest, daß „niemand die Lage dort angenehm (ist)“. Sie sei „gefährlich“ für die USA, „beunruhigend“ für die Sowjetunion und „enttäuschend ... tatsächlich für alle Deutschen“⁷.

Die Feststellung Kennedys in seiner „Botschaft über die Lage der Nation“⁸, daß „in allen gegenwärtigen Hauptkrisengebieten die Ereignisse uns davongelaufen sind und die Zeit nicht für uns gearbeitet hat“, und vor allem seine Forderung, von neuem zu beginnen⁹, müssen auch für das Westberlin-Problem gelten. Auf seiner 2. Pressekonferenz nach Übernahme der Amtsgeschäfte bezeichnete Kennedy Westberlin als „Krisenherd“¹⁰.

Alle diese zitierten Äußerungen, die für zahlreiche andere stehen, lassen eine gewisse Bereitschaft erkennen, die Realitäten beim Namen zu nennen. Sie, insbesondere die Worte Kennedys, sind Zeichen, die Hoffnun-

³ vgl. Schön, Der Vorschlag zur Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt, Deutsche Außenpolitik, Sonderheft rv/1959, S. 34 ff.

⁴ vgl. Voß, Was wollten die Westmächte in Genf erreichen?, ebenda, S. 47 ff.

⁶ vgl. Komunique der Genfer Außenministerkonferenz vom 5. August 1959, ND (Ausg. B) vom 6. August 1959.

⁶ Tagesspiegel vom 16. Oktober 1960.

⁷ Chester Bowles, Großeuropa vom Atlantik bis zum Ural Außenpolitik 1960, Heft 10, S. 659.

⁸ ND (Ausg. B) vom 31. Januar 1961.

⁹ ND (Ausg. B) vom 25. Januar 1961.

¹⁰ Tagesspiegel vom 2. Februar 1961.